

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

3.6.1924 (No. 129)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. v. d.  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und anwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, wozu in denen unterer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

### \* Vor der Kabinettsbildung

Es ist nicht die Schuld des Zentrums und der Deutschdemokratischen Partei, es ist insbesondere nicht die Schuld des bisherigen Reichskanzlers Marx, daß es bisher noch zu keiner Kabinettsbildung im Reich gekommen ist, sondern das ist einzig und allein die Schuld der Deutschnationalen. Und diese Schuld kann kaum abgeschwächt werden durch die Feststellung, daß bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen die Deutsche Volkspartei der unentschlossenen und schwankenden Politik der Deutschnationalen nur zu willig Handlangerdienste geleistet hat. Zagenwie rätselhaft ist die Politik der Deutschnationalen allerdings nicht. Die Parteiführer wissen, daß ihre große Fraktion heute schon an dem Fluche so mancher anderen großen Fraktion trägt, nämlich dem Fluche der Uneinigigkeit. Der Zuwachs von Wählerstimmen und Abgeordneten hat die Stöckkraft der Partei im Ganzen eher vermindert als verstärkt. Gewiß wäre es möglich, für rein innerpolitische Machtforderungen eine Einheitsfront der Partei herzustellen. Man möchte eben gar zu gerne wieder zu ausschlaggebendem Einfluß gelangen und erst einmal im Besitz der Macht nach und nach alle die verloren gegangenen oder beschnittenen Privilegien wieder gewinnen. Ganz anders liegen die Dinge jedoch auf dem Gebiet der äußeren Politik.

Sier stehen sich die Anschauungen innerhalb der Fraktion und innerhalb der Partei schroff gegenüber. Der eine Teil ist einseitig genug, um sich zu sagen, daß man auf der Grundlage des Sachverständigenberichts jetzt endlich zu einer Regelung der Reparationsfrage gelangen müsse, der andere Teil verwirft den Sachverständigenbericht oder verachtet ihn so sehr mit allerlei Forderungen, die vorher zu erledigen sind, daß ein völliges Scheitern des ganzen, mit der Arbeit der Sachverständigen begonnenen Werkes und damit der Zusammenbruch Deutschlands zu besichtigen ist.

Dieser Zwiespalt der Seelen hat es dahin gebracht, daß die Deutschnationalen, die sich bisher als Oppositionspartei durch die Entschiedenheit und Unzweideutigkeit ihrer Wünsche auszeichnen konnten, nunmehr schon seit Wochen dem Inlande, wie dem Auslande das Schauspiel einer Unentschlossenheit darbieten, wie man es sich schlimmer kaum vorstellen kann. Die Deutschnationalen erfahren eben jetzt an eigenen Leibe die Nichtigkeit der Erkenntnis, daß es in Deutschland bequem ist, Opposition zu machen, daß aber sofort Schwierigkeiten äußerer und innerer Art sich aufstürzen, sowie die Eigenart der Lage eine verantwortungsbewusste Anteilnahme an der Regierung verlangt. Wird doch in Berlin die Äußerung eines deutschnationalen Parteiführers kolportiert, die dahin lautet haben soll, daß die Partei geradezu ihre Existenzrisiko würde, wenn sie sich aktiv an einer Regierungspolitik beteilige, welche die Ausführung des Sachverständigenberichts zum Programm habe.

Andererseits möchte man aber, wie gesagt, nur zu gerne die Macht heranziehen. Und die personellen Forderungen, die die Deutschnationalen in den bisherigen Verhandlungen angemeldet haben, zeigen ebenso, wie das Verlangen nach Aufhebung der großen Koalition in Preußen, daß sie gewonnen sind, die stärkste Machtposition für sich und ihre Partei innerhalb der Regierung zu beanspruchen.

Dieser wohl etwas übertriebene Machtkrieb hat sie dazu geführt, den Rücktritt Stresemanns vom Amt des Außenministers zu fordern und so die Deutsche Volkspartei ganz gehörig vor den Kopf zu stoßen. Die beiden anderen Koalitionsparteien aber haben durch dieses ungestüme Drängen nach der Macht die beste Belehrung darüber empfangen, was ihnen und dem ganzen Reiches blieben würde, wenn man sich dem Wunsch der Deutschnationalen füge sollte.

Neue Verhandlungen haben gestern stattgefunden. Die Deutschnationalen haben zu erkennen gegeben, daß sie zur Teilnahme an einem Bürgerblock nach wie vor bereit seien. Heute soll nun nach dem Willen des Reichskanzlers Marx die Entscheidung fallen, damit wir endlich aus diesem Zustand des Wirrwarrs herauskommen.

Wie aus mehreren Rundgebungen des Auslands hervorgeht, hat die deutsche Regierungskrise der letzten Wochen, zumal aber die Politik der Deutschnationalen, unsere Situation verschlechtert. In England ist man geradezu darüber entsetzt, daß jemand bei uns auf den Gedanken verfallen kann, ausgerechnet Herrn Tirpitz als Reichskanzler vorzuschlagen. Und Herriot hat dieser Tage eine Rede gehalten, die das ganze Mißtrauen Frankreichs betundet und schwere Komplikationen in Aussicht stellt

für den Fall, daß der Nationalismus beherrschenden Einfluß auf die Geschicke Deutschlands gewinnt. Inzwischen aber spielt sich der Thormannprozeß ab, der neue, schauernde Einblicke in das verhängnisvolle Treiben des deutschen Rechtsradikalismus gewährt und höchstens infomeren einen Lichtblick gestattet, als er zeigt, daß es doch auch noch Männer in Deutschland gibt, die eine Schurkerei eine Schurkerei, und einen Verfassungsbruch einen Verfassungsbruch zu nennen wagen. Herr von Speck hat dies getan, damit aber natürlich den tödlichen Haß der Rechtsradikalen, mit dem sie ihn schon seit einiger Zeit verfolgen, noch verstärkt.

### Politische Neuigkeiten

#### Deutscher Reichstag

Beginn 8 Uhr nachmittags. Präsident Wallraff teilt bei der Eröffnung der Sitzung das Ergebnis der in der letzten Sitzung vorgenommenen Schriftführerwahl mit: Als Schriftführer sind gewählt die Abg.: Schwarz-Frankfurt (Z.), Frau Tisch (Z.), Schmidt-Weissen (Soz.), Reuter (Dem.), Frau Agnes (Soz.), Schulze-Frankfurt (Dem.), Bauermann (Dsp.), Dr. Philipp (Dnt.), Neuch-Künchen (Bayer. Volkspartei), Laverrenz (Dnt.), Lode (Wirtschaftl. Sp.), Frau Bohm-Schuch (Soz.). — Die Kommunisten nach Verlesung der Resultate: „Die Kommunisten sind ausgeschlossen. Zweierlei Recht!“

Der Präsident gedenkt dann, während sich die bürgerlichen Abgeordneten erheben, des auf den österreichischen Bundeskanzler Selb selb den Attentates und spricht den Wunsch aus, daß der hervorragende Staatsmann des befreundeten Reiches recht bald seine Tätigkeit wieder aufnehmen könne. (Beifall.) Ich schließe aus Ihrer Zustimmung, daß ich diesen Wunsch auch offiziell der österreichischen Regierung mitteilen darf. (Widerspruch bei den Kommunisten, Beifall bei der Mehrheit.) Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung der Ausschlußbericht über die Anträge auf Haftentlassung der inhaftierten Reichstagsabgeordneten. Der Ausschuß beantragt die Entlassung des nationalsozialistischen Abgeordneten Kriebel und der kommunistischen Abgeordneten Heydemann, Rademann und Jodasch; außerdem der komm. Abg. Buchmann, Florin und Schiedt aus der in München wegen Teilnahme an einer kommunistischen Versammlung gegen die verhängten Untersuchungsmaßregeln in Untersuchungshaft befindliche Abgeordnete Urbahn (K.) soll nach nicht erledigt. Der wegen des Hamburger Rufsches in Untersuchungshaft befindliche Abgeordnete Urbahn (K.) soll nach dem Ausschlußantrag nicht freigelassen werden. (Die Kommunisten rufen: „Wohi, zweierlei Maß, Kriebel wird frei, Urbahn bleibt in Haft!“)

Abg. Brodau (Dem.), der als erster Redner zur Debatte spricht, wird von dem Abg. Schölem (K.) mit dem Ruf begrüßt: „Jetzt kommt die verkörperte Demokratie!“ Abg. Brodau erklärt, seine Freunde könnten nicht dem Ausschlußantrag auf Haftentlassung des Abg. Kriebel zustimmen. Wenn Kriebel befreit werde und Urbahn in Haft bleibe, so wäre dies tatsächlich zweierlei Maß. Bei dem schwereren Verbrechen des Hochverrats, das Kriebel in München nachgewiesen ist, lehnen wir die Haftentlassung ab, wie wir das auch im Falle Urbahn tun. Wenn die Nationalsozialisten behaupten, gegen den gegenwärtigen Staat könne kein Hochverrat geübt werden, weil er selbst auf Hochverrat gegründet sei (lebhaftes Zustimmung bei den Kommunisten) so muß das entschieden zurückgewiesen werden.

Abg. Koenen (K.): Der Reichstag hat bisher bei allen Gelegenheiten zweierlei Recht angewendet. Er hat uns Kommunisten bei der Präsidenten- und bei der Schriftführerwahl ausgeschlossen und will jetzt auch den Kommunisten Urbahn anders behandeln als den deutschvölkischen Hochverräter Kriebel. Urbahn hat keinen Hochverrat begangen, aber hier im Reichstag sitzen die Judenböck und von Graefe, die nachweislich als Hochverräter in München aktiv herorgetreten sind. (Lärm bei den Nationalsozialisten und Mufe: Judenbock!) Unser Fraktionsgenosse Müller in Karlsruhe ist vom französischen Kriegengericht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er Verfehlungsbau in der französischen Armee geleistet hat. Von den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten nationalen Opfer gebracht. (Beifall bei den Kommunisten.) Der reaktionäre französische General de Metz hat aber Müller in dem Augenblick freigelassen, wo er zum Reichstagsabgeordneten gewählt wurde. Der deutsche Reichstag will aber gegen deutsche Abgeordnete ungerechter verfahren als der französische Militärtribunal. (Händelklatschen bei den Kommunisten und bei einigen Unbündelbühnern.)

Abg. Dr. Raab (Deutsche Volkspartei): Einer Aufhebung der Straftat stimmt meine Fraktion grundsätzlich nicht zu. Wir werden also gegen die Freilassung der Abg. Kriebel und Rademann stimmen. Die Kommunisten sind ganz besonders an dieser Frage interessiert, weil sie am meisten an Hochverratsplänen beteiligt sind. (Lärm bei den Kommunisten.) Das ist ganz natürlich, denn sie wollen doch den Umsturz der jetzigen Staatsordnung. (Zustimmung der Kommunisten.) Daraus erklärt sich auch das terroristische Auftreten der Kommunisten in der ersten Reichstagsabgeordnetenversammlung, das zur Entwürdigung der Ehre des Reichstags führt.

Abg. Behrenbach (Zentr.): Zwischen dem Fall Kriebel und Urbahn besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Kriebel ist rechtsgültig verurteilt und hat Verwehrensfrist. Es besteht also keine Verurteilungsgefahr (Anrufe bei den Kommunisten).

Abg. Fried (K.S.): Wir haben uns in der letzten Sitzung für die Haftentlassung in allen Fällen erklärt. Da die Sache

aber an den Ausschuß ging, müssen wir uns die Entscheidung in jedem einzelnen Falle vorbehalten (Lärm bei den Kommunisten). Wir protestieren dagegen, daß die Fälle Urbahn und Kriebel in einem Atem genannt werden. Kriebel ist im Urteil bestätigt worden, daß er aus reinen vaterländischen Motiven gehandelt hat (Gelächter bei den Kommunisten und Mufe: „Geuchler, Feigling!“). Präsident Wallraff ruft den Abg. Hedert (K.) zur Ordnung. Urbahn war dagegen der Führer des Hamburger Rufsches, mit dem er Deutschland wieder unter das Joch Moskaus im Interesse der jüdischen Internationale bringen wollte (Lärm bei den Kommunisten; Glöde des Präsidenten).

Reichstagspräsident Wallraff: Es würde eine unangenehme Pflicht sein, Abgeordnete von der parlamentarischen Tätigkeit auszuschalten. Aber meine Pflicht ist es, für die Würde und Geschäftsfähigkeit des Reichstags zu sorgen. Seien Sie überzeugt, daß ich diese Pflicht erfüllen werde.

Abg. Dittmann (Soz.): Wir haben im Ausschuß auch für die Freilassung Kriebels gestimmt. Die Nationalsozialisten haben dort aber die Freilassung von Urbahn abgelehnt. Wir werden heute unsere Abstimmung von der Entscheidung im Falle Urbahn abhängig machen.

Abg. Künze (Deutschsozial): Seit 1918 ist Hochverrat nur ein relatives Verbrechen und wird zum Recht, wenn es Erfolg hat.

Abg. Frau Volle (Mufe Fischer; Komm.): Ihr seid ja nichts als Masken und Hampelmänner der Kapitalisten (Gelächter und Anrufe; Ordnungsruf des Präsidenten). Sehr berechnetes Schattentheater; sehr berechnete Schaupferde; sehr berechnetes Komödientheater (Präsident Wallraff ruft die Rednerin zum zweiten Male zur Ordnung und macht sie auf die Folgen des dritten Ordnungsrufes aufmerksam). Im Namen der kommunistischen Partei mit ihren 370000 Mitgliedern sagen wir den Herren von der Bourgeoisie unseren herzlichsten Dank für die Offenheit, mit der sie den Willen zur Unterdrückung des Proletariats aussprechen.

Nach weiterer Debatte wird dem Ausschlußantrag auf Haftentlassung des Abg. Heydemann (K.) zugestimmt. Im Falle Urbahn (K.) wird in namentlicher Abstimmung mit 222 gegen 149 Stimmen der Ausschlußantrag angenommen, der sich gegen eine Haftentlassung ausspricht. Für den Ausschlußantrag haben auch die K.S. gestimmt. In der darauffolgenden Abstimmung über den Fall Kriebel wird der Ausschlußantrag auf Haftentlassung mit 229 gegen 119 Stimmen abgelehnt (Beifall bei den K.S., Gelächter bei der Mehrheit). Der Ausschlußantrag auf Haftentlassung des Abg. Rademann (K.) wird, da die erste Abstimmung zweifelhaft bleibt, im Sammelpfung mit 189 gegen 139 Stimmen angenommen. Die weiteren Ausschlußanträge werden gegen die Rechte angenommen.

Um 1/7 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag nachmittags 8 Uhr. Der Präsident teilt auf die Tagesordnung die bisher im Ausschuß noch nicht erledigten 8 Haftentlassungsanträge. Er bittet um die Ermächtigung, falls bis morgen die Regierungsbildung erfolgt ist, die Erklärung der neuen Regierung setzen zu können. — Ein kommunistischer Antrag, am Dienstag über die Annulierung aller politischen Gefangen zu beraten, wird unter Protesten der Kommunisten abgelehnt.

### Andauer der Regierungskrise

W.D. Berlin, 3. Juni. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, erklärte sich die deutschnationalen Fraktion, die gestern abend bis gegen 10 Uhr beriet, mit dem Verhandlungen ihrer Unterhändler mit dem Reichskanzler einverstanden. Sie beauftragte diese, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Unterhändler haben aber, wie man hört, nicht das Recht, ein endgültiges Abkommen selbständig zu treffen.

Wie weiter verlautet, sind die Mittelparteien der Ansicht, daß die Erklärungen der Deutschnationalen bezüglich der Außenpolitik noch zu unbestimmt sind. Sie haben daher von den Deutschnationalen eine ganz klare Erklärung zur Außenpolitik verlangt, deren Abtreibung von den Mittelparteien bis Dienstag vormittag 11 Uhr ermarket wird, da sie eine weitere Verzögerung der Regierungsbildung nicht mehr für möglich halten.

Die geitigen Verhandlungen des Kanzlers mit den Parteiführern, die bis in die späten Abendstunden dauerten, haben zu keiner Klärung der politischen Lage geführt. Eine Einigung über die Frage der Besetzung des Außenministeriums, und die Frage der Regierungskoalition in Preußen ist zwischen den Deutschnationalen und den Mittelparteien noch nicht erzielt worden.

Die demokratische Reichstagsfraktion fordert in einer Entschließung unter Hinweis auf die Ablehnung der Kontinuität in der bisherigen Außenpolitik durch die Deutschnationalen den Reichskanzler auf, zur Regierungsbildung zu schreiten, da eine weitere Unklarheit der Lage die Außenpolitik gefährde und wirtschaftlich untragbar sei.

### Um das Schicksal der Reichseisenbahnen

W.D. Paris, 3. Juni. Der Organisationsausschuß der in dem Sachverständigenbericht vorgesehenen Reichseisenbahngesellschaft hat gestern den ersten Teil seiner Arbeiten beendet, nachdem er eine erste Prüfung der deutschseits vorgelegten Entwürfe und des Statuts der Reichseisenbahngesellschaft vorgenommen hat. Der Ausschuß vertrat sich, um die Ausarbeitung eines neuen Textes zu ermöglichen unter Berücksichtigung der Feststellungen der ersten Beratung. Er wird am 16. Juni in Berlin zu einer neuen Tagung zusammenzutreten.

Der Organisationsausschuß für die in dem Sachverständigenprogramm vorgesehene Ausgabe von Industriebörsen hat gestern vormittag seine Tätigkeit ausgenommen. In der gestrigen



rigen ersten Sitzung wurde sofort in die Erörterung der technischen Fragen eingetreten. Ein Bericht über die Sitzung soll vorläufig nicht veröffentlicht werden.

### Herriot und die Ruhrfrage

Paris, 3. Juni. Der sozialistische Parteitag hat gestern Abend eine Tagesordnung angenommen, durch welche die Beteiligung an der Regierung abgelehnt wird. Die Resolution läßt aber für außerordentliche Umstände eine neuerliche Beschlußfassung durch den Landeskongreß offen. Der Kongreß begann alsdann die Debatte über die Unterstützungspolitik auf Grund des von Herriot in seinem Briefe an Blum entwickelten Programms.

In bezug auf die Außenpolitik erklärte Herriot in dem Briefe: Wir nehmen ohne jeden Hintergedanken den Bericht der Sachverständigen an. Unsere Partei hat die Politik der Isolierung und der Gewalt bekämpft, die zu Verletzungen und einer territorialen Pfandnahme geführt hat. Aber angesichts des augenblicklichen Zustandes in Deutschland und der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern alle Völker vor einem offensiven Wiederanmarsch des Allduits zu bewahren, hält es unsere Partei nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die in dem Sachverständigenbericht vorgezeichneten Pfänder konstituiert und den internationalen Organismen überstellt worden sind, die berufen sind, sie zu verwalten. Im Interesse des Friedens glauben wir auch, daß die Kontrolle der Entwaffnung Deutschlands sichergestellt werden muß und zwar durch eine gemeinsame Anstrengung aller Alliierten und sobald wie möglich durch eine Aktion des Völkerbundes. Wir werden das Programm der Sicherheiten durch Garantiepatte zu lösen haben, die wir unter die Autorität der Völkerbundes stellen wollen.

Die Angst vor Deutschland. Im Unterhaus wurde von Curzon die Anfrage gestellt, ob Macdonald von Poincaré Informationen über künftige Kriegsvorbereitungen Deutschlands erhalten habe. Wenn ja, ob er diese Korrespondenz veröffentlichte werde. Macdonald antwortete, die Regierung stehe natürlich dauernd in enger Fühlung mit der französischen Regierung und mit der Militärkontrollkommission. Die Regierung habe keinerlei Mitteilung erhalten, die den ersten Teil der Anfrage bestätigten. Der zweite Teil der Anfrage sei damit hinfällig. Curzon fragte sodann weiter, ob Macdonald seine besondere Aufmerksamkeit den neuen Schiffbauten für die deutsche Handelsflotte in Deutschland zuwende und darauf achte, ob sie mit Einrichtungen zur Aufstellung von Geschützen ausgestattet würden. Macdonald erwiderte, er nehme an, daß die künftlich in der Zeitung veröffentlichte Information über die Haltung der Regierung gegenüber der militärischen Ausrüstung Deutschlands der Aufmerksamkeit Curzons nicht entgangen sei.

### Kurze Nachrichten

Das Attentat auf Seipel. Der Zustand des schwer verletzten Bundeskanzlers Dr. Seipel ist andauernd ernst. Der Älter, der etwa 50 Jahre alt und verheiratet ist, gab bei seiner ersten Vernehmung an, um 5 Uhr nachmittags in der Wiener Neustadt von der Fahrt des Bundeskanzlers mit dem Schnellzug nach Wien erfahren zu haben. Dort habe er sofort den Entschluß gefaßt, mit ihm gleichzeitig nach Wien zu fahren, um hier das Attentat zu verüben. Jaworek stellte in Abrede, zur Tat beauftragt gewesen zu sein oder Mithäufige zu haben. Er sei sozialistisch organisiert. Am politischen Leben habe er sich seit längerer Zeit nicht beteiligt, sondern sich ausschließlich gewerkschaftlich betätigt.

Keine politischen Auswirkungen des Attentats. Mehrere Wiener Blätter befassen sich mit den möglichen politischen Folgen des Attentats. Sie stellen fest, daß der Anschlag auf den Bundeskanzler diesen inmitten wichtiger abschließender Vorarbeiten für die Genfer Konferenz auf schwerwiegende Entscheidungen, die über die Durchführung des Sanierungsprogramms getroffen werden sollen, ereit habe. Andererseits weisen die Blätter mit Beziehung auf die wichtige Wiener Unterredung Seipels mit dem tschechoslowakischen Außenminister als Vorzeichen und Dr. Janßen als Finanzreferent des Völkerbundesrats darauf hin, daß über die Hauptfragen im wesentlichen wohl eine Verständigung erzielt sein dürfte. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erfährt hierzu, in politischen Kreisen herrsche eine durchaus ruhige Auffassung der Lage. Das von Seipel begonnene, fast zum Abschluß gebrachte Rettungswort Österreichs sei in seiner Innen- und Außenpolitik so vorbereitet und verankert, daß es nun in Genf zu Ende geführt werden könnte, auch ohne daß Seipel persönlich anwesend sei.

### Badisches Landestheater

Das Käthchen von Heilbronn oder die Feuerprobe. Ein großes historisches Mitternachtsstück von Heinrich von Kleist. In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Heinrich von Kleist stellt die Heldinnen seiner beiden aufeinander folgenden Werke „Penthesilea“ und „Käthchen von Heilbronn“ wie Plus und Minus einander gegenüber; sie sind ein und dasselbe Wesen, nur unter entgegengesetzten Bedingungen gedacht; und an anderer Stelle schreibt er: „Es ist wahr, mein innerstes Wesen liegt in der Penthesilea — der ganze Schmerz zugleich und Glanz meiner Seele. Jetzt bin ich nur neugierig, was Sie zu dem Käthchen von Heilbronn sagen werden, denn das ist die Reifezeit der Penthesilea, ihr anderer Pol, ein Wesen, das ebenso mächtig ist durch gänzliche Eingebung, als jene durch Handeln.“

Die Antwort des deutschen Volkes lautete, daß „Das Käthchen von Heilbronn“ zum, wie Tied es nannte, Volksstück, zum Lieblingsstück wurde, für das ein Schinkel die Bühnenillustration fertigte. Strenge Kritiker allerdings, wie noch jüngst Gundolf, nennen es „das weitaus schwächste Drama Kleists, ja das einzige, das überhaupt als Ganzes schwach genannt werden darf.“ Nach Gundolf ist es ein Werk, „wo einige spärliche poetische Visionen eingelassen sind in einen Luftbombastischer, ja kitschiger Theaterromantik.“ Nun ist zweifellos, daß das Werk, worauf schon Kleists Untertitel hinweist, zu der mit Goethes „Götter“ anhebenden und gerade um die Jahrhundertwende besonders lärmenden Ritter- und Spettelstücke gehört, zu deren beliebten Requisiten Fehne, Köhlerhäuten, Burgen, Kloster, Überfälle, Feuerbrünste, Giftmischer, Traumprophezeiungen, Engelserscheinungen, geheimnisvolle Geburt, unerwartete Standeserhöhung, Schwert- und Rüstungsprasseln Mitter gehören. Wenn wir diese Motive eingeflochten sehen in eine naive Märchenballadenhandlung, in der das 15jährige Töchterlein eines ehrbaren Bürgers plötzlich einem fremden gräflichen Ritter auf Schritt und Tritt, Tag und Nacht nachfolgt, ihn allen Gemütskräften zum Trotz seiner falschen abigen Braut abgewinnt, gar als Kaiserstochter anerkannt wird und schließlich von dem edlen Ritter zum Traualtar geführt wird, so können wir die Verwandtschaft mit jenen Ritterstücken sentimental geschichtsfälschender Romantik erst recht nicht leugnen. Dazu kommt noch, daß Kleist

Spanien prüft die deutschen Finanzverhältnisse. Zwischen der deutschen Reichsregierung und der spanischen Regierung wurde durch Notenwechsel vereinbart, die Gültigkeitsdauer des am 31. Mai abgelaufenen Modus vivendi um einen Monat bis zum 30. Juni einschließlich zu verlängern. Innerhalb dieses Zeitraums wird die spanische Regierung auf Grund des Berichts des nach Deutschland zur Prüfung der deutschen Wirtschaft- und Finanzverhältnisse entsandten Sachverständigen, der erst in diesen Tagen in Madrid zurückgemeldet wird, eine Entscheidung über den deutschseits wiederholt gestellten Antrag auf Aufhebung der Valutazuschläge auf deutsche Waren treffen.

Blutige Zusammenstöße haben sich, wie aus Laibach gemeldet wird, anlässlich einer Fahnenweihe in Trisalt zwischen süd-slawischen Nationalisten und Kommunisten ereignet. Drei Nationalisten, drei Kommunisten und eine Frau wurden getötet, ungefähr 20 Personen schwer verletzt.

Das Urteil im Harden-Alberallprozeß. In dem Prozeß wegen des Überfalles auf Maximilian Harden wurde der Angeklagte Oberleutnant a. D. A. Adermann wegen versuchten Mordes zu sechs Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Ein Zentrumsantrag auf Änderung des Besoldungsgesetzes. Wie der „Lokalanz.“ mitteilt, hat die Zentrumsfraktion des Reichstages den Antrag eingebracht, daß das Besoldungsgesetz dahin ergänzt werden soll, daß bei den unteren und mittleren Besoldungsgruppen eine weitere Verbesserung der Gehaltsätze alsbald eintritt. Die Reichsregierung habe dem Reichstag nach Fühlungnahme mit den Ländern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

### Badischer Teil

#### Die neue Besoldungsregelung in Baden

Der Staatspräsident Dr. Köhler erklärte in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses, die Übernahme der Reichsbesoldungsordnung durch das Land Baden sei bei ihrer unsozialen Gestaltung unmöglich. Um die badischen Beamten aber nicht schlechter zu stellen als die Reichsbeamten, beantrage er, der Haushaltsausschuss wolle das Finanzministerium ermächtigen, den Beamten und Angestellten, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen die Bezüge auf Grund der Verordnung des Reichsfinanzministers vom 24. Mai d. J. für den Monat Juni zunächst als Vorschuß auszugeben, aber mit der Änderung, daß die Besoldungsgruppen I—VI mindestens 30 Prozent Erhöhung des Aprilgrundgehaltes erhalten.

Der Haushaltsausschuss stellte sich nach eingehender Aussprache auf den Boden des Antrages des Finanzministers, wünschte aber zunächst noch Mitteilung darüber, was hiernach die einzelnen Besoldungsgruppen als Vorschuß erhalten. Der Finanzminister sagte die alsbaldige Vorlegung der Vorlage zu.

Nur der Landbund lehnte die Vorauszahlung entschieden ab. Außerdem verlangte er den Abbau der Bezüge, welche die oberen Beamten nach der Reichsbesoldungsregelung empfangen sollen.

#### Badischer Landtag

##### Die Redaranalysierung

Dem Landtag ist eine Gesetzesvorlage zugegangen, nach welcher das Staatsministerium ermächtigt wird, sich an dem für die Fertigstellung der Kraftwerke Wieblingen und Redarfum noch erforderlichen Gesamtaufwand mit 7/103 dieses Aufwandes, höchstens jedoch mit 750 000 Goldmark, durch Gewährung von Darlehen an die Redar-Aktiengesellschaft in Stuttgart zu beteiligen. Die hierzu erforderlichen Mittel sind im Wege des Staatskredits zu beschaffen und durch die Staatsschuldverwaltung für Rechnung der Amortisationskasse zu beschaffen.

In der Begründung heißt es: In dem Gesetzentwurf über die Redaranalysierung vom 13. April 1923 ist dargelegt worden, daß das Reich und die Länder Württemberg

und Baden zur Ermöglichung der weiteren Finanzierung der Redaranalysierung die Gewähr für die Fertigstellung der Kraftwerke Wieblingen und Redarfum übernehmen. Nur unter dieser Voraussetzung kam damals die Goldanleihe der Redar-A.G. zustande. Die weitere Finanzierung des eingeschränkten ersten Bauprogramms der Redar-A.G. war damals in der Weise gedacht, daß etwa 2/3 des Geldbedarfes durch Anleihen aufgebracht werden, während das dritte Drittel teils in Form von weiterem Aktienkapital, teils als Darlehen vom Reich und den Ländern Württemberg und Baden im Verhältnis 64 : 32 : 7 zur Verfügung gestellt würde.

Während bis gegen Ende des Jahres 1923 der Abfluß der Goldanleihe der R.-A.-G. befriedigend war, verlor mit der Festigung der Währung der Geldmarkt bekanntlich die Aufnahmefähigkeit für derartige niederwertigen Wertbeständige Anleihen nahezu vollständig. Nachdem daher die durch die Goldanleihe und die durch die Kapitalerhöhung und die Darlehensgewährung des Reichs und der Länder Württemberg und Baden aufgebrachtten Mittel erschöpft waren blieb nichts anderes übrig, als die für die darauffolgende Zeit erforderlichen Mittel durch Darlehen des Reichs und der Länder zur Verfügung zu stellen. Dies geschah, soweit das Land Baden beteiligt war, im Wege des Administrativkredits vom 28. Februar 1924, auf Grund dessen der Redar-A.G. für die Zeit bis Anfang April 1924 ein Darlehensbetrag von insgesamt 266 000 G.M. zur Verfügung gestellt wurde. Da zurzeit noch keine Besserung des Anleihemarktes eingetreten ist, muß auch noch für die nächste Zeit der gleiche Weg der Darlehensgewährung beschritten werden, um die nunmehr weitgehend in der Vollenziehung vorgerückten Bauten der Staufen Wieblingen und Redarfum fortführen zu können.

Das Reichsverkehrsministerium hat vorgeschlagen, zunächst die Mittel für die Monate April und Mai 1924 zu beschaffen, die sich auf 2 163 000 G.M. belaufen. Hier von entfielen auf Baden nach dem vereinbarten Verteilungsmaßstab 7/103 = 147 000 G.M. Der Gesamtbedarf für die Fertigstellung der Werke Wieblingen und Redarfum nach dem Stand vom 1. April 1924 beläuft sich auf 10 550 000 G.M. Ungünstigenfalls, d. h. wenn auch weiterhin der Anleihemarkt verlagert und die Fertigstellung ausschließlich auf Mittel des Reichs, Württembergs und Badens angewiesen wäre, hätte Baden hieran 7/103 das sind einschließlich des obengenannten Betrags von 147 000 G.M. = rund 720 000 G.M. aufzubringen. Eine Änderung dieses Betrages könnte allenfalls noch durch Verteuerung der Löhne und Materialien eintreten.

In dem Gesetzentwurf ist daher mit einem Höchstbetrag von 750 000 G.M. gerechnet worden, um nicht nach wenigen Wochen eine erneute Anforderung stellen zu müssen. Die tatsächliche Finanzprognose dieses Betrages wird sich um den Betrag mindern, den die Redar-A.G. auf dem Wege der öffentlichen Anleihe möglicherweise aufbringen wird.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten ist mit deren Beendigung spätestens in der ersten Hälfte des Jahres 1925 zu rechnen. Die Fertigstellung des Kraftwerks Wieblingen insbesondere hätte zur Folge, daß jährlich weitere 37,3 Millionen KWSt. elektrische Energie aus Wasserkraften der badischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, und daß damit die Unabhängigkeit von der Kohlenversorgung wesentlich erhöht wird. Die Fortführung der Bauten hätte fernerhin den Vorteil, mittelbar und unmittelbar eine große Anzahl von Arbeitern der Industriegebiete zwischen Heidelberg und Mannheim lohnend zu beschäftigen. Eine Einstellung der Bauten wäre, ganz abgesehen von der unangünstigen Einwirkung auf den Arbeitsmarkt, bei dem gegenwärtig schon

seiner inneren Dichternatur zuwider Kompromisse mit der Bühne geschlossen. Zugeständnisse an unüberwindliche Einwände von Freunden gemacht hat und überhaupt den dramatischen Bau loser denn sonst, ja nachlässig fügt. Gundolfs Verdammungsurteil scheint berechtigt, das nur ganz wenigen Szenen dichterischen Wert zuzuerkennen will: „Alles andere aber ist nicht nur den Motiven, sondern auch der Behandlung und oft sogar der Diktion nach unästhetischer Durchschnittlichkeit, Ritter- und Märchenromantik im übersten Sinne.“ So wäre das Volkstheater nicht Gottesurteil, sondern mal wieder Spektakelurteil.

Aber wo bleibt dann der psychologische Erklärungsgrund eines derartigen Kunstwerkes bei einem Dichter von solcher bedingungsloser Arbeit, von solchem leidenschaftlichen Persönlichkeitsstolz, von solcher hemmungslosen Leidenschaft wie gerade Heinrich von Kleist; wie wäre dann der Penthesileadichter mit dem des Käthchens zu benehmen! Und dabei betont doch Kleist ausdrücklich und zu wiederholten Malen, daß diese beiden Werke zusammengehören, daß sie eine polare Einheit bilden. An dem Einste dieser Behauptung ist schlechterdings ebensowenig zu zweifeln, wie an der exzeptionellen Persönlichkeit des Dichters. Es muß also einen Weg geben, der zu einem tieferen und gerechteren Verständnis des Werkes führt wie jenes Verdammungsurteil. Diesen Weg zeigt uns Kleist selbst, wenn er das Käthchen den andern Pol Penthesileas nennt.

Käthchen ist ebenso mächtig durch gänzliche Eingebung, als jene durch Handeln. Kleist ist als Mensch wie Dichter extrem, absolut. Daher auch die polaren Gegensätze von Penthesilea und Käthchen: dort absolute Aktivität, hier absolute Passivität, wodurch aber auch von vornherein der Untergang der Penthesilea und der Sieg Käthchens aus ihrer Frauennatur heraus bestimmt ist. Bei dem romantischen Kleist handelt es sich nicht, wie bei der Klassik, um die Freiheit der Vernunft, die die Natur jügel, überwindet, sondern die ungebremmte elementare Natur kommt im Menschen zum Ausbruch. Kantische Autonomie und Freiheit, klassische Harmonie und Gesetz sind diesen kleistischen Menschen fremd, denn sie sind Natur selbst. Ausdrücklich betont Kleist in seinem berühmten Aufsatz über das Marionettentheater, daß der Mensch nur dann sein Paradieseisen, seine Vollenbung, seine Schönheit erziehe, wenn er gleich der Marionette ohne Freiheit, ohne Bewußtsein sich aus dem einen Schwerpunkt des Gefühls

heraus bewege. So lebt und handelt Käthchen. Sie, die Sonnambule, kann daher nie irre gehen; für sie gilt daher nicht jener Satz des Aufsatzes: „Das Paradies ist verriegelt und der Cherub hinter uns“; sie lebt im Paradies, der Cherub steht sichtbar hinter ihr. Der Graf vom Strahl, gewissermaßen der Magnetiseur des Mediums Käthchen lebt im Zwischenstadium; folgt er dem eigenen Gefühl, dann ist er glücklich; folgt er anderen Erwägungen, seinem Standesbewußtsein, dann geht er irre und steht in Gefahr, nie sein Paradies, sein Glück, zu finden. Kunigunde, die nie gleich der Marionette bewußt los naiv handelt, die nie sie selbst ist — dies wird äußerlich noch durch ihre Requisite Schönheit betont —, ist daher auf ewig vom Paradies ausgeschlossen, sie handelt falsch, sie ist falsch.

Schon diese Überlegungen zeigen, daß Kleist nicht nur Erfolg versprechenden Bühnenkünstler fabrizieren wollte. Es geht ihm um tiefste Überzeugungen, die lehrerdingens in seiner tragisch erschütternden Enttäuschung gründen durch die „so genannte kantische Philosophie“. Diese hatte ihm alle festen Maßstäbe zur Erkenntnis der Wirklichkeitswelt, von Raum und Zeit, entziffert. Aus der Verwirrung rettete er sich nur den Glauben an das Gefühl des mit der Natur in Einklang stehenden Menschen. Die Erkenntnis, daß dies Gefühl allein den trügerischen Schein durchdringt und die Wahrheit verbirgt, gestaltete er im „Käthchen von Heilbronn“. Das ungeborene naive Gefühl glaubt er am besten mit den naiven Märchengestalten und -motiven veranschaulichen zu können. Im Grunde ist ja alles Geschehen, alles Außere doch nur Schein und damit trügerisch, gleichgültig. Es soll daher auch gar nicht überzeugen, es soll gar nicht illusionistisch Wahrheit vortäuschen. Die Wahrheit liegt ja dahinter in dem Gefühl der naturreinen Persönlichkeit. Deshalb betont der Dichter auch den Nur-Schein alles Außeren. Deutlich erkennen wir dies an der überfülligen, hyperbolischen Redeweise des schlichten Bürgers Theobald. Was also Kleist als kitschig zum Vorwurf gemacht wird an Geschehnissen, Ereignissen, Motiven, Diktion, ist bewußte Gestaltung mit gangbarer Münze, romantischer Zeitmode, um die allseitigste Gefühlsmacht auf Grund seines Studiums der Redheiten der menschlichen Natur ein dramatisches Märchen von eigenem Erlebnis und Erlebnisfeste.



weit vorgerückten Stand der Bauarbeiten nicht zu beantworten.

### Die Grund- und Gewerbesteuer

Am Freitag nachmittag behandelte der Ausschuss die 4. und 5. Änderung des Grund- u. Gewerbesteuergesetzes und des Stromverteilungsgesetzes, zwei Notgesetze vom März d. J., deren faktische Geltung mit dem Ende d. J. abläuft. Da die Veranlagung dieser Grund- und Gewerbesteuer, die z. Bt. durchgeführt wird, bereits auf Grund dieser Notgesetze erfolgt, würde ihre nachträgliche Änderung eine wesentliche Störung der Veranlagung und damit des Steuerertrags mit sich bringen. Aus diesem Grunde einigte sich der Ausschuss dahin, jetzt auf grundsätzliche Änderungen zu verzichten, umso mehr als im Herbst die Neuberatung des gesamten Steuergebietes erfolgen wird. Der Berichterstatter Dr. Schmitt-Karlsruhe wies auf den Rückgang der Steuerwerte, vor allem in manchen Teilen des Gewerbes, und auf die hohe Belastung der Landwirtschaft hin, die ohne Umsatzsteuer und Berücksichtigung aller Art z. Bt. jährlich 2,17 Proz. des Vermögens bereits betrage.

Ein Antrag der Badischen landwirtschaftlichen Genossenschaft auf Freilassung der Genossenschaften von der Grund- und Gewerbesteuer führte zu einer längeren Aussprache. Von der liberalen Volkspartei wurde die Freilassung der Kreditgenossenschaften im Interesse ihres Wiederaufbaues befürwortet, dagegen mit Entschiedenheit gegen die Freilassung der übrigen Genossenschaften im Interesse des kaufmännischen Mittelstandes der Städte Stellung genommen. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Freilassung der Konsumvereine verlangt mit der Begründung, gerade die kleinen kaufmännischen Geschäfte, die ohne fremde Arbeitskräfte arbeiten, seien heute am besten daran und viele hätten sich glänzend entwickelt. Der Kleinhandel würde auch bestehen bleiben bei Begünstigung der Genossenschaften. Das Zentrum schloß sich den Ausführungen des volksparteilichen Redners an.

Zu Auseinandersetzungen führte ein Antrag des Landbundes auf Erhöhung der Freigrenze von 1200 auf 2500. Von Zentrumsseite wurde eine Freigrenze von 1800 für richtig gehalten. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem Zentrum vorgeworfen, seine Haltung sei durch die Angst vor dem Landbund bestimmt. Auf Anfrage von volksparteilicher Seite teilte der Regierungsvertreter mit, daß die Steuerpflichtigen, die keine Steuererklärung abgegeben haben, sondern einen Steuerbescheid abgemeldet haben, wegen verspäteter Zahlung nicht mit Zuschlägen betroffen würden, wenn sie innerhalb sieben Tagen nach Erhalt des Steuerbescheides bezahlen würden. In der Ecksatzabstimmung wurden die Notgesetze gegen die Stimmen des Landbundes bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Partei angenommen.

### Gegen den badischen Mitarbeiter der „Köln. Volkszeitung“

dessen Artikel wir am Freitag wiedergegeben haben, wendet sich die „Köln. Volkszeitung“ in Mannheim in ihrer Sonntag-Morgenausgabe in einer Korrespondenz aus Karlsruhe. Da heißt es:

Das Zentrum will mit seinem Vorstoß seine konsequente Personalpolitik um ein weiteres bedeutendes Stück nach vorwärts bringen, indem es eine Kampagne wieder aufnimmt, die es unmittelbar nach dem Amtsantritt des derzeitigen Staatspräsidenten inszenierte, die aber seither ruhe.

Was das Zentrum sachlich gegen den jetzigen Turnus zu sagen hat, ist absolut nicht richtig. Warum sollen „größere Aufgaben auch nach der repräsentativen formalen Seite“ bei einjähriger Dauer der Präsidentschaft unausführbar sein? Sind Aufgaben dieser Art bisher unter der Herrschaft dieses Turnus etwa nicht in befriedigender Weise gelöst worden? War die Verrichtung dieser Aufgaben, insbesondere unter den Vorgängern des jetzigen Staatspräsidenten, etwa nicht auf der Höhe? Und wenn das Zentrum einen Mangel in dieser Hinsicht entdeckt, warum kommt ihm diese Erkenntnis erst jetzt, wo ein Zent-

rummann Staatspräsident ist? Warum haben es diese Männer nicht schon entdeckt, als ein Sozialdemokrat und als ein Demokrat Staatspräsident war?

Es ist aber auch ganz falsch, wenn das Zentrum bei diesem Vorstoß sich auf demokratische Grundsätze beruft. Das Zentrum vertritt vollständig, daß wir in Baden eine Koalitionsregierung haben. Wenn und solange diese besteht, darf und kann aber keine der daran beteiligten Parteien dauernd das Übergewicht über die anderen Koalitionsparteien beanspruchen. Der turnusmäßige Wechsel im Staatspräsidium ist das einzige Gegengewicht gegen den überwiegenden Einfluß einer einzigen Partei, der den Gedanken der Koalitionsregierung in sein Gehege ziehen würde. Denn man darf nie übersehen, daß jede an einer Koalitionsregierung beteiligte Partei für die Handlungen und die Maßnahmen dieser Regierung nicht etwa nur nach Maßgabe ihrer Vertreterschaft im Kabinett verantwortlich ist, sondern die gesamte Verantwortung nach außen mitzutragen hat. Wenn dem Zentrum der jetzige Zustand nicht mehr paßt, wenn es sich zu stark fühlt, um in einer Koalitionsregierung als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken, dann mag es ganze Arbeit machen, dann mag es die Koalition kündigen und allein eine Regierung bilden. Vom Standpunkt des Parlamentarismus und der Demokratie aus wäre dagegen nichts einzuwenden.

Dann hat es die ganze Macht, aber auch die ganze Verantwortung allein. Einen Zustand zu vereinigen, der dem Zentrum aber die ganze Macht gibt, die Verantwortung für sein Tun aber andere mittragen läßt, ist unparlamentarisch und es werden sich dazu die anderen beiden Teilnehmer an der jetzigen Koalitionsregierung nie und nimmer hergeben. Jedenfalls glauben wir zu wissen, daß dieser Standpunkt der demokratischen Landtagsfraktion war, als die Frage vor einiger Zeit schon einmal auftauchte; daß die Fraktion ihren Standpunkt inzwischen geändert hat, ist nicht anzunehmen.

### Stollfreiheit der Aktienpakete

Nach einer Verfügung der Interalliierten Rheinlandkommission in Coblenz können Aktienpakete der Behörden zollfrei in das besetzte Gebiet ein- und ausgeführt werden. Als einzige Forderung wird verlangt, daß in einer Anlage zur Paketadresse befehligt wird, daß der Inhalt des Paketes aus dienstlichen Schriftstücken besteht.

### 14. Verbandstag des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine

Am 28. und 29. Mai versammelten sich in St. Georgen im Schwarzwald etwa 260 stimmberechtigte Vertreter von rund 120 Konsumvereinen Süddeutschlands. St. Georgen war anlässlich der Tagung festlich geschmückt.

Nachdem am Mittwochabend ein Festbankett stattgefunden hatte, versammelten sich am Donnerstag vormittag die Delegierten zu einer nicht öffentlichen Aussprache, in der Organisations- und Finanzfragen geregelt wurden. Insbesondere war die Frage der Aufspaltung der Geschäftsanteile und Sparkassenguthaben der Mitglieder der Konsumvereine Gegenstand dieser Aussprache.

Der Verbandstag wurde nachmittags 4 Uhr durch Verbandsdirektor Riehm-Frankfurt a. M. eröffnet. Unter den Gästen befanden sich u. a. Oberamtmann Benz-Billingen, Bürgermeister Stadinger-St. Georgen, Landeskommissar Fehrenbach-Karlsruhe, der Vorsitzende des Zentralvereins deutscher Konsumgenossenschaften Heinrich Kaufmann-Hamburg, sowie Vertreter aus Bayern, Württemberg usw. Bürgermeister Stadinger wies auf die Verinnerlichung der Genossenschaftsidee hin, während Oberamtmann Benz, der für das badische Ministerium des Innern sprach, hervorhob, daß den Genossenschaften zum großen Teil die Sicherung und Durchführung der Lebensmittelerzeugung in jurisdiktorischer Hinsicht zu verbleibe. Den Bericht über das Geschäftsjahr 1923 erstattete Verbandsdirektor Riehm-Frankfurt a. M. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Zerfall der Wirtschaft des Jahres 1923 auch die Konsumgenossenschaften hart betroffen und ihnen große Substanzverluste zugefügt habe. Der Umsatz betrug im letzten Vierteljahr 1923 nur noch ein Drittel der gleichen Zeit von 1914, trotzdem im Jahre 1923 ein Zugang von 31 000 000 Mitgliedern zu verzeichnen war. Dem Verband gehören 120 Vereine mit 389 669 Mitgliedern an. Es sind 1056 Verteilungsstellen im Betrieb. Dem Verband sind 11 Genossenschaften neu beigetreten, ausgehoben sind 13, davon 8 zur Verrechnung, während drei der Zeitungsfirmen zum Opfer fielen. Der Gesamtumsatz betrug im letzten Vierteljahr 1923 7,5 Millionen oder 20,21 Goldmark pro Mitglied, gegen 83,64 Goldmark in der gleichen Zeit des Jahres 1914. Die Entwicklung des Verbandes zeigt, daß sich die großen Arbeiterkonsumvereine als große wirtschaftliche Volksgenossenschaften erwiesen haben.

Mit einer Feier, bei der die von Mädchen und Burschen in Tracht aufgeführten Tänze besonders reichen Beifall ernteten, fand der erste Teil der Tagung am Abend seinen Abschluß.

### Aus der Landeshauptstadt

Die Schallversuche von Clermont Ferrand: Nachdem jetzt die Nachrichten aus Baden über Hörbarkeit der Explosionen am 15., 23. und 25. Mai so ziemlich alle eingelaufen sind, kann hierüber berichtet werden. Bei der großen Entfernung (bis Karlsruhe zirka 570 Kilometer) war natürlich damit zu rechnen, daß das Geräusch höchstens nur äußerst schwach vernommen werden konnte, innerhalb belebter Orte überhaupt nicht. Vom 15. Mai liegen ziemlich viele positive Meldungen vor, doch stimmen die Zeiten untereinander so wenig, daß die gehörten Geräusche wohl als Donner ferner Gewitter gedeutet werden müssen, da an jenem Abend verschiedentlich elektrische Entladungen auftraten. Gerade sehr gewissenhafte Beobachtungsstationen, wie die Sternwarte Königstuhl und das Freibergs-Observatorium meldeten Unhörbarkeit. Für den 23. Mai, einem sonst stillen und klaren Abend liegen aus fast ganz Baden negative Berichte vor. Glaubwürdig ist nur eine Meldung aus Ghring (Amt Waldshut), wo um 8,33 Uhr ein schwacher Knall gehört wurde; bei der größeren Nähe der Südstrecke Badens an der Schallquelle ist diese Meldung wohl als positiv aufzufassen. Vom 25. Mai, wo es zur Beobachtungszeit an vielen Orten regnete und der Himmel meist bewölkt war, liegen fast nur negative Berichte vor. Positive Berichte stammen aus Uttenhofen (Amt Engen), wo der Schall um 10,29 Uhr vorm. bestimmt gehört worden sein soll und aus Ludwigshafen, aus welchem Ort allerdings auch negative Berichte vorliegen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es wohl unmöglich war, auf so große Entfernung die Explosionsgeräusche zu hören. Auch das ist wertvoll und die Landeswetterwarte dankt auf diesem Wege denen, die sich der Mühe der Beobachtungen unterzogen. Wie die Ergebnisse in näher an der Schallquelle liegenden Ländern (Schweiz, Frankreich) waren, ist noch nicht bekannt. Eine eingehende Bearbeitung aller Ergebnisse wird an der Schweizerischen Meteorologischen Zentralanstalt erfolgen, die aber wegen umfangreicher Materialansprüche wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen wird.

Zahlenausgabe am Fernsprecher. Bekanntlich werden Zahlen am Fernsprecher recht häufig unrichtig verstanden; man verwechselt beim Hören leicht die ähnlich klingenden Laute, wie zwei und drei, ein und neun usw. Stellen sich solche Hörfehler ein, wenn der Fernsprechteilnehmer die Nummer eines anderen Teilnehmers verlangt, so wird er mit einer unrichtigen Nummer verbunden. Wie kann man solche Falschverbindungen verhindern? — Seit längerer Zeit hat die Reichspost Versuche mit einer Zahlenausgabe gemacht, die jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Danach ist für 2 gleich Zwei, für 4 gleich vier, für 5 fünf, für 12 gleich zwölf usw. zu sprechen. Näheres ist aus den Vorbemerkungen zum amtlichen Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe (S. 6), sowie aus einer der Teilnehmer zugegangenen oder noch zugehenden Uebersicht in Klatform zu ersehen. Die neue Zahlenausgabe hat sich bisher überall, wo sie angewendet wurde, gut bewährt. Mißverständnisse und Rückfragen am Fernsprecher werden vermindert und der Verkehr beschleunigt. Es liegt daher im Interesse der Fernsprechteilnehmer selbst, wenn sie von der neuen Zahlenausgabe im Fernsprechverkehr recht ausgiebig Gebrauch machen.

Blitzschlag in das Fernsprechamt. Während eines kurzen Gewitters schlug ein Blitz in den Umschalterraum des Fernsprechamts, wodurch ein Brand entstand, der wohl bald gelöscht werden konnte, aber empfindliche Störungen im Fernsprechbetriebe im Gefolge hatte. Am Dienstag vormittag waren die Störungen wieder behoben.

Aufgerufene Banknoten. Die Reichsbank löst die aufgerufenen Noten zu 5 Billionen Mark (I. und II. Ausgabe) zu 10 Billionen Mark (I. und II. Ausgabe) und zu 100 Billionen Mark (I. Ausgabe, die bereits seit dem 5. bezw. 20. April 1924 nicht mehr gesetzliche Zahlungsmittel sind, nur noch durch die Reichsbankhauptkasse, Abteilung für aufgerufene Reichsbanknoten, Berlin SW 19, Kurstraße 38, ein. Die aufgerufenen Noten sind daran erkennbar, daß sie im Gegenfuß zu den späteren Emissionen derselben Werte auf der Rückseite unbedruckt sind.

Die Schweizerküche, die im Winter durch die 70jährige Menschenfreundin Frau Katharina Ahles aus Basel hier im Hause der Bildhauersfrau Gertrude Schlegel eingerichtet worden war, ist nun nach über fünfmonatiger segensreicher Tätigkeit eingestellt worden. Sie hat täglich tausend Liter Suppe ausgeteilt an Bedürftige. Die Lebensmittel kamen aus der Schweiz, die Kohlen stellte die Stadt. Besonderen Dank gebührt der Schweizer Schwester Anna Klud, der die Leitung von den Baseler Frauenvereinen übertragen worden war.

### II.

Es ist dankbar anzuerkennen, daß dieses Kleinstwerk endlich wieder auf unserer Landeshöhe herausgebracht wurde. Allerdings wäre es, gemäß der erwünschten Beziehung beider Werke, wohl empfehlenswerter gewesen, zunächst die „Benutzungsanweisung“ zu inszenieren, deren Zielbedeutung unserer strebenden Künstlerin Martha Müller eine interessante Aufgabe stellte. Man hätte darin die innere Linie eines zielbewußten Spielplans erkennen können. Aber vielleicht ist dies zu sehr literarisch-historisch-bildungsgemäß gedacht. Es soll nicht daran gemangelt werden, daß der Versuch, das „Kleinstwerk von Heilbronn“ neu einzustudieren, an sich schon ein Verdienst der Theaterleitung darstellt.

Mit der Aufgabe der Neueinstudierung war natürlich der unermüdete Oberspielleiter Felix Baumbach betraut. Er scheint mit Gumbolfs Autorität übereinzustimmen, und da er einmal das Werk als Stück erachtet, unterstreicht er das Kleinstwerk, und dadurch, wenn auch das Dichterwerk ganz zugrunde geht, wenigstens ein wirkungskräftiges Theaterwerk zu retten. Er hat das ganze Stück in 16 Bühnenbilder zerlegt, die von Direktor Burkard eindrucksvoll in einem großen Spitzbogenausschnitt dargestellt ein buntes Mosaik aus Ernst und Spott, Liebe und Haß, naiver Heiterkeit und phantastischem Brauen, kurz ein Rätschen vor uns vorüberziehen lassen. Dagegen wäre sicherlich nichts zu sagen. Ich muß bekennen, die seichte Szenengruppe, die des Rheingrafen vom Stein in der Herberge, hat mich in ihrer starken Personenentwicklung überrascht. Ein literarischer wäre wohl kaum darauf gekommen, sie derbomisch aufzufassen. Und doch läßt sich alles in dieser Szenengruppe so sinnfällig possenhaft ausdeuten, daß selbst ein angeblicher Schreibfehler des Dichters seine Begründung in der komischen Vergeßlichkeit des betrunkenen Rheingrafen findet, wenn dieser den Franziskanerprior Satio als Dominikaner bezeichnet. Allerdings hätte sich Baumbach das Zirkusfunktspiel der abgeschlagenen Tischlaute wohl schenken dürfen.

Die Kunigundenzenen im 11. Bild hat Baumbach ganz als Szenengruppe aufgefaßt. Es ist bekannt, daß Kleist in der „Kleinstwerk“ ursprünglich verwenden wollte und erst nachträglich einem wipserstänken Einwand Tils folgend, diesen durch läusend verhäulte abgründige Häßlichkeit und

Posheit ersetzte. Zweifellos gehört diese Verschlimmbesserung zu jenen „Mißgriffen“, von denen Kleist selbst sagt, daß er sie „nicht vermeiden mochte“. Aber Baumbachs Gegenpart ist ebenfalls keine Lösung, er ist weder Fisch noch Fleisch und wirkt einfach als Karikatur.

Karikatur ist überhaupt das Kennzeichen von Baumbachs ganzer Inszenierung. Er hat alles Bräutliche, alle Schwächen des Stücks brutal unterstrichen und sie ins Köstliche, Grausame oder Lächerliche verkehrt: ich nenne nur noch den fischigen Burgbrand mit dem wirklich nicht verlockenden Engel, die Verfolgungsjagd mit der lächerlich schmalen Bräute, den fast als lächerlich komisch auftretenden Kaiser. Wir wollen uns doch darüber klar sein, daß jedes Stück karikiert werden kann. Gegenwärtig führt unser Landestheater gerade eine Don Carlos-Karikatur auf. Da Kleist nun zudem noch ein durchaus unrationales Werk geschaffen hat, da er mit keinem Worte besser als mit Expressionist bezeichnet werden kann, so ist seine Karikatur um so leichter möglich. Schwieriger ist allerdings, ein zweifelloch schwächeres Werk wie das „Kleinstwerk von Heilbronn“ derart anzuhäufeln, daß dessen ästhetische und ideale, seine Erlebniswerte zum Ausdruck kommen, daß der Zuschauer trotz aller Äußerlichkeiten, trotz allem Vergänglichem romantischer Zeitmode doch den dahinterstehenden großen Dramatiker erkennt. Das Stück, das uns Baumbach vorführt, hat kein Kleist geschrieben, das ist das Werk eines dramatischen Stümpfers.

Felix Baumbach ist auf falscher Bahn. Schon von seiner Inszenierung des „Amphitruon“ schrieb ich, daß er dabei als Theatermann den Dichter verzeuget hat. Dasselbe ist jetzt wieder der Fall. Ich bedauere dies um so mehr, als Baumbach auch hier wieder sein enormes Können offenbart. Denn hat man sich einmal grundsätzlich mit der Art seiner Auffassung abgefunden, — und ich wiederhole, es ist wahrhaftig keine schlechte Autorität, wenn er sich dabei auf Gumbolf berufen kann, — dann muß man gestehen, daß er diese mit allen Mitteln zu gestalten und zur Wirkung zu bringen weiß. Seine Regisseurfähigkeiten sind unbezweifelbar, aber auch ihm würde die Wiederholung des von mir schon immer geforderten Dramaturgen zur Beratung von Nutzen sein.

Daß Baumbachs Kleinstwerk von dem Publikum gut aufgenommen wurde, ist kein unbestreitbares Verdienst; erfindetischer Regieaufbau und materialistischer Bühnenbildgestaltung.

### III.

Mit dem Regisseur sind aber auch die Darsteller dankbar zu nennen. Rob. Bürker als Graf Wetter vom Strahl stellte eine seiner besten Leistungen auf die Bühne. Er wußte den zwiespältigen Ritter in seiner Stärke und Weichheit, seinem Ständebewußtsein und Herzensgefühl glaubhaft zu verkörpern und, was besonders anerkannt sei, er überließ sich nicht, er artikulierte klar und deutlich, er wußte neben fachen, mannhaften Tönen ebenso weiche und lyrische hervorbringen.

Seine Partnerin Hansi Käse als Käthchen war in jeder Beziehung innig u. hingebend; aber bei allem Liebreiz fehlte ihr doch das Sonnambulenhafte, das doch erst den Schlüssel zur Rolle, ja zum ganzen Werk gibt. Dadurch bliebe eben das Stück von vornherein auf der Oberfläche, auf dem Klischeeniveau.

Als wundervoller Sprechkünstler offenbarte sich wieder Fritz Herz in der Rolle des alten Theobald. Besetzt war auch sein Spiel in Weiblichkeit und Geite. Nur hätte der 58jährige Raffenknecht, der mannhaft genug sich dem jungen Landesherrn Ritter zum Zweikampf stellt, in der Fehmszene trotz seines Schmerzes nicht gar so wackig auf den Beinen zu stehen brauchen.

Mel. Ermarth als Kunigunde entfaltete alle Mittel ihrer reifen Künstlerkraft in Spiel und Ton, um boshafte Falschheit vom Leben ins Dazwischen hinüberzuleiten. Die Intentionen des Regisseurs hat sie vollumfänglich erfüllt.

Die Masse der übrigen Darsteller kann nicht im Einzelnen aufgeführt werden. Es verdient aber noch hervorzuheben zu werden der Rheingraf vom Stein von Fr. W. Kaiser, der wiederum bewies, wie wertvolle Kraft unser Theater in diesem Künstler erworben hat, u. die kleine Rolle des Gumbolfs Jakob Weg, in der Paul Müller mit einem Minimum von Worten, ein Maximum von köstlich komischem Spiel entfaltete. Wenn die anderen Darsteller nicht einzeln erwähnt werden, so sei doch soviel gesagt, daß sie ihre vom Regisseur gestellten Aufgaben nach besten Kräften lösten. Enttäuscht haben nur Stefan Dahlen als Freiburg und Alzebe als Waldhuden in der Köhlerzene, wo sie allzu sehr als derbe Strauchritter sich gebärdeten, obwohl ausdrücklich von ihren ritterlichen, edlen Tugenden gesprochen wird. Oder sollte auch hier der Regisseur verantwortlich sein? Prof. Dr. Karl Holl.



**Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H.** Die diesjährige Hauptversammlung der Gartenstadt war sehr stark besucht. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Gartenstadt jetzt 351 Wohnungen umfaßt. Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahr auf 1133 angestiegen. Das Geschäftsjahr 1923 hat infolge der Inflation für die Verwaltung große Schwierigkeiten gebracht, die aber als überwunden betrachtet werden dürfen. Die vorgelegte Bilanz für 1923 wurde einstimmig genehmigt, ebenso wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Über die Goldöffnungsbilanz und der damit verknüpften Fragen der Aufwertung der bei der Genossenschaft eingezahlten Gelder fand eine rege Aussprache statt. Die vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Richtlinien für die Aufwertung wurden gutgeheißen. Die Goldöffnungsbilanz sowie die Richtlinien für die Aufwertung wurden gegen etwa 8-10 Stimmen genehmigt.

**Landestheater.** Die Generaldirektion hat die Schauspielgruppe der unter Leitung von Dr. Ernst Leopold Stahl, dem ersten Dramaturgen der Bayerischen Staatstheater stehenden „Bayerischen Landes- (Bänder-) Bühne“ zu einem einmaligen Gastspiel gewonnen, das am Donnerstag, den 12. Juni stattfinden wird. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel „Magdalena“ von Ludwig Thomas. — Wie bereits bekannt, gelangt zum Beschluß der Richard Strauss-Festwoche am Sonnabend, den 7. Juni „Elektra“ neuinszeniert zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Cortolesis inne. In Szene gesetzt wird das Werk vom Oberregisseur Carl Stang. Bühnenbild nach Entwurf von Direktor Emil Duclard, Kostüme: Margarete Schellenberg.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**DZ. Pforzheim, 2. Juni.** Aus der Schmelzwarenindustrie. Der Schlichtungsausschuß hat folgende Entscheidung gefaßt: Die Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden. Ab 30. Mai soll eine 1 1/2 stündige Mittagspause zur Einführung kommen. Die Urlaubsbestimmungen haben eine Verbesserung erfahren. Die Metallarbeitervertrauensleute haben den Schiedsspruch angenommen. Es verläutet, daß auch die Arbeitgeber den Schiedsspruch voraussichtlich annehmen werden.

**DZ. Offenburg, 2. Juni.** Bei der städtischen Heugrasserzeugung wurden wahnwitzige Preise geboten. Für einen Morgen wurden bis zu 300 Mark bezahlt, so daß sich der Rentner neu ausschließlich Arbeitslohn usw. auf 10 Mark stellen wird.

**Freiburg, 3. Juni.** Die fachwissenschaftlichen Vorträge für die Polizei der Polizeidirektion Freiburg fanden zum erstenmal in dem von der Stadt zur Verfügung gestellten Kornhaus-Saal statt, da sich infolge des wachsenden Interesses aller Sicherheitsbeamten der bisher hiezu benützte Bezirksratsaal als zu klein erwiesen hatte. Die letzten 3 Vorträge über die Verwendung der Photographie im Dienste des Erkennungsdienstes wurden im physikalisch-chemischen Institut abgehalten durch dessen Direktor Herrn Universitätsprofessor Dr. Meyer. Landgerichtspräsident Dr. Grosch verbreitete sich über die neue seit 1. April 1924 völlig umgestaltete Organisation der Gerichte. Die nächsten Vorträge werden die Wirkung des Alkohols bei den Tätern strafbarer Handlungen zum Gegenstand haben.

### Handel und Wirtschaft

„Halb auf Seite gefüttert, „Seidentritot“. Der Ausschuß der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs E. W. Berlin-Schöneberg, hat gemeinsam mit seinem sachmännischen Sachverständigenausschuß sich dahin ausgesprochen, daß der Hinweis „Halb auf Seite gefüttert“ nur dann zulässig ist, wenn reine Seide Verwendung gefunden hat. Ebenso steht die Bezeichnung „Seidentritot“ voraus, daß die Ware aus reiner Seide besteht.

„Prima Qualität“ bezw. „Ia.“. Der Ausschuß der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs E. W. Berlin-Schöneberg, hat gemeinsam mit seinem sachmännischen Sachverständigenausschuß die Zulässigkeit der Bezeichnung einer Ware als „Prima-Qualität“ bezw. „Ia.“ davon abhängig gemacht, daß diese über die mittlere Art und Güte hervorragt.

**Volkbank Müllheim (Baden).** Ein Reingewinn in Höhe von rund 8100 Goldmark wurde mit 7000 Mark Reservefonds

übergeben, während der Rest den Mitgliedern auf die neuen Geschäftsanteile gutgeschrieben werden soll. Der einzuzahlende Geschäftsanteil wurde auf 500 Goldmark festgesetzt, die Zahl der Mitglieder ist von 1008 im Jahre 1923 auf 1190 gestiegen.

**Eine neue Insolvenz.** Die Getreidefirma Erwin Koppel, Frankfurt a. Main-Neustadt a. S. hat sich gezwungen gesehen, beim Amtsgericht Neustadt a. S. sich unter Geschäftsaufsicht zu stellen. Da die Geschäftsaufsicht sich auf das gesamte Vermögen des Inhabers Erwin Koppel erstreckt, befindet sich auch das Bankgeschäft A. und S. Meyer, Frankfurt a. M., dessen Inhaber Erwin Koppel seit 1923 ist, unter Geschäftsaufsicht. Bekannte Firma ist mit größeren Geschäften an der Börse nicht hervorgetreten und befaßt sich in neuerer Zeit fast ausschließlich mit der bankmäßigen Abwicklung der Transaktionen der Getreideimportfirma. Der Status der letzteren Firma soll einen beträchtlichen Aktivsaldo aufweisen. Der Grund für den Antrag der Gesellschaft liegt darin, daß infolge des Rückgangs von Außenständen mangelnde Liquidität eingetreten ist. Wie die Firma dem Wollbüro mitteilt, hofft sie, in Kürze die Angelegenheit regeln zu können.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung.

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe einer neu zu errichtenden Apotheke in Brühl, Amt Mannheim, wird zur Vererbung ausgeschrieben. Gesuche sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 27. Mai 1924.  
Der Minister des Innern  
J. A. Arnsperger

#### Bekanntmachung

Der zwischen den Gemeinden Ach und Linz und den Nebenorten Reute der Gesamtgemeinde Großschönach und Schellenbach der Gesamtgemeinde Herdwangen, Amtsbezirk Pfalldorf, mit Zustimmung ihrer Gemeindevertretungen abgeschlossenen Vereinbarung über ihre Vereinigung zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Ach-Linz unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen, mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde gemäß §§ 4 Absatz 1, 104 Absatz 1 G.O. die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 30. Mai 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

#### Bekanntmachung

Der zwischen dem Hauptort Mühlhofen und dem Nebenort Gebhardswiler der Gesamtgemeinde Mühlhofen (Amtsbezirk Albersheim) mit Zustimmung ihrer Gemeindevertretungen vom 29. März 1924 abgeschlossenen Vereinbarung über ihre Vereinigung zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Mühlhofen unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde gemäß § 104 Absatz 1 der Gemeindeordnung die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 31. Mai 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

Dem Gemeinderat Amelingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Pöhlenmarktlotterie erteilt. Ziehungstag: 14. Juli 1924.

Karlsruhe, den 31. Mai 1924.  
Der Minister des Innern  
J. B. Beers

Die Gemeinde Ebratsweiler, der Hauptort Herdwangen, die Nebenorte Albersheim, Mühlhofen, Waldhof und Schwende der Gesamtgemeinde Herdwangen wurden mit staatlicher Genehmigung vom 8. April 1924 mit Wirkung vom 1. April 1924 unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Herdwangen vereinigt.

Die Vereinigung ist rechtswirksam.  
Karlsruhe, den 31. Mai 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

Mit Entschließung vom 20. März 1924 Nr. 23181 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung Rainhof mit der Gemeinde Burg (Amtsbezirk Freiburg) mit Wirkung vom 1. April 1924 auf Grund des § 105 Abs. 1 der Gemeindeordnung angeordnet. Die Anordnung ist rechtswirksam.

Karlsruhe, den 31. Mai 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmle

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Die Landwirtschaftsinspektoren Wilhelm Traut in Rheinbischofsheim und Theodor Wisk in Ettenheim zu Landesökonomieräten unter Belastung an ihren Dienstorten; der außerplanmäßige wissenschaftliche Hilfsarbeiter beim Bad. Weinbauinstitut Freiburg Dr. Albert Gekner zum planmäßigen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter.

Polizeioberwachmeister Christian Saalfraut in Karlsruhe zum Revierkommissar, Polizeiwachmeister Emil Franz in Mannheim zum Polizeioberwachmeister dafelbst, Kriminalsekretär Hermann Bolter zum Kriminalobersekretär, Kriminalassistent Ludwig Hügin in Heidelberg zum Kriminalsekretär, Polizeiaffistent August Schöner zum Polizeisekretär der Fahndungspolizei, Verwaltungssekretär August Belchel beim Ministerium des Innern zum Kanzleiobersekretär, Kanzleiassistent Franz Herrmann beim Ministerium des Innern zum Kanzleisekretär.

Polizeiwachmeister Theodor Reuter von Offenburg zum planmäßigen Polizeiwachmeister, Polizeisekretär August Heidepriem in Freiburg zum Polizeiobersekretär in Konstanz.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt: Verwaltungsinспекtor Emil Rehr bei der Heil- und Pflegeanstalt Konstanz.

#### Justizministerium

Zugelassen als Rechtsanwältin:

Rechtsanwältin Renatus Boesen beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelsachen in Pforzheim mit dem Wohnsitz in Karlsruhe, Rechtsanwältin Norbert Wolff, unter Aufrechterhaltung seiner Zulassung beim Landgericht Pforzheim, beim Amtsgericht Pforzheim mit dem Wohnsitz in Karlsruhe, Gerichtsassessor Hermann Schauer beim Amtsgericht Mühl und Landgericht Offenburg mit dem Wohnsitz in Mühl.

Ernannt:

Berufsrat Josef Oberst bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Pforzheim zum Oberverwalter; die Aufseher Georg Bucher, Karl Ditzinger, Julius Feuberger und Josef Schmitt bei der Landesstrafanstalt Bruchsal zu Oberaufsehern.

Befördert:

Oberaufseher Friedrich Vetter beim Amtsgefängnis Gengenbach zum Kreisgefängnis Kastlath.

#### Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Finanzinspektor Karl Müller bei der Hauptkasse des Landestheaters zum Finanzoberinspektor dafelbst.

In den Ruhestand getreten kraft Gesetzes: der Vorstehende Rat des katholischen Oberstiftungsrats, Geh. Finanzrat Johann Seger.

#### Arbeitsministerium

Ernannt:

Geh. Regierungsrat Dr. Hermann Korn zum Direktor des Oberverwaltungsamtes Mannheim.

Ein Stück gute alte Zeit im besten Sinne des Wortes ist der Kaffee-Dübel, den man so freundlich und vertraut überall sieht, wo Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essen zu haben ist. Ein Stück gute alte Zeit bringt Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essen in den Haushalt zurück, wo man noch guten kräftigen Kaffee trank. Die echte Pfeiffer & Dillers hat bekanntlich die gute Eigenschaft, daß sie Kaffeebohnen, Korn, Gerste oder Malz ganz überraschend ergiebig macht und dabei zugleich den Geschmack nicht minder überraschend feiner und angenehmer. Man mag keinen Kaffee mehr, der nicht mit Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essen gelocht ist, wenn man die erste Tasse damit erprobt hat.

Samstag, den 31. Mai verschied schnell und unerwartet im 47. Lebensjahre unser Mitarbeiter

**Karl Ruppenthal**  
Schriftsetzer.

Mit Schlichtheit verband der Verblühen trotz körperlicher Leiden immerfort andauernden Fleiß. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Karlsruhe, den 2. Juni 1924.

G. Braun  
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag  
G. m. b. H.  
Dr. A. Knittel. Dr. J. Bran.

**Elegante Welt**

Deutschlands tonangebende Zeitschrift für vornehme Lebenskunst, für Mode, Kunst, Theater, Film, Sport, Schönheit und Lebensfreude.

Alle 14 Tage ein 50 bis 80 Seiten starkes Heft mit ausgewählten Meisterwerken moderner Film- u. Photokunst sowie hochinteressanten Berichten aus der Gesellschaft. Jedes Heft mit einem prachtvollen farb. Kunstblatt als Titelbild.

Abonnements bei allen Buchhandlungen!

**Verlag: Dr. Eysler & Co. A.-G.**  
in Berlin SW 68.

**Badisches Landestheater Karlsruhe.**

**Richard Strauß - Festwoche**

**Mittwoch,** den 4., abends 7 1/2 Uhr: (Sp. I 8.-) III. Abend: In der Neueinstudierung: **Ariadne auf Naxos.** Leitung: Der Komponist. (Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-700, 6701-8900)

**Donnerstag,** den 5., abends 8 Uhr: (Sp. I 8.-) IV. Abend: In der Neueinstudierung: **Salome.** Leitung: Der Komponist. Salome: Kammer-sängerin Aline Sanden von der Großen Volksoper Berlin. (Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701-900, 3001-3100.)

**Freitag,** den 6., abends 8 Uhr: (Sp. I 8.-) V. Abend: **Die Josephlegende.** Vorher: **Tod und Verklärung.** Leitung: Der Komponist. Gastspiel Irl Gadescow (Joseph) und Ami Schwaninger (Potiphars Weib). Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-500.

**Samstag,** den 7., abends 7 Uhr: (Sp. I 5.40) VI. Abend: Neueinstudierung: **Elektra.** (Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1601-1900, 2501-2600.)

**Erhöhung des Staus bei der unteren Müppurrer Mühle betr.**

Die Stadtgemeinde Karlsruhe beantragt die dauernde Verleihung des Rechts, den Stau des Wehres der Mühle bei der unteren Müppurrer Mühle (Gemarkung Karlsruhe) auf 158,58 + NN zu erhöhen und eine Eichmarke in dieser Höhe anzubringen. 23.597

Wir bringen dies mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis, daß die Pläne und Beschreibungen zu dem Unternehmen beim städtischen Tiefbauamt und im Bezirksamt, Zimmer 26, zur Einsicht offen liegen. Etwasige Einwendungen sind beim Bezirksamt oder beim Stadtrat binnen 2 Wochen von der Ausgabe der Zeitung an anzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten.

Karlsruhe, den 30. Mai 1924. D.3. 66  
Badisches Bezirksamt.

**la. Steinkohlen**  
Koks, Grudekoks  
Steinkohlen- u. Braunkohlenbriketts  
**Brennholz**

liefern

**Carl August Nietten & Co.**  
Kohlenhandels-gesellschaft

Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6  
Fernsprecher 882 und 5165  
Stadtbüros: Kaiserstraße 118,  
Fernsprecher 5506  
Durlacher Allee 10 (Vertr.: Wilh. Kaeller)  
Fernsprecher 5724 D.14

**Herrenstoffe**  
Herrentuchhaus  
Herrenstraße 22

**Verkaufe**  
am Samstag, den 7. Juni  
1 Romb.-Hobelmaschine, neu,  
600 mm Durchl., 6 Röhren-  
büffel, tannen, 1 Zimmer-  
büffel, eichen, 150 groß,  
1 Schreibstisch, tannen, 1  
Milchzentrifuge, neu, 90 Liter  
Stundenleistung, gegen  
günstige Zahlungsbedin-  
gungen. 23.367

**Franz Bronner,**  
Schreiner  
Reinholden D. A. Sulz  
Telephon Nr. 6.

**Detektiv** Institut  
- u. Privat-  
auskunft  
**Argus** "Mannheim"  
O. G. 6.  
Planke 10. 47  
Fernspr. 3305  
A. Maler & Co., G. m. b. H.

**Metallbetten**  
Eislimale, Kinderbett, direkt  
an Private, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Sulz (Lp.).

**Sichtengerbrinden.**  
Das Forstamt Kirchzarten  
bei Freiburg verläuft frei-  
händig etwa 200 Sten =  
etwa 500 Bentner Fichten-  
gerbrinde von 80-100jähr.  
Holze in einem Los. Die  
Briete sind 5 Tage an ihre  
Gebote gebunden. Angebote  
müssen bis spätestens Mitt-  
woch, den 11. Juni l. J. auf  
ein Sten ab Wald lautend  
eingereicht werden. Nähere  
Auskunft durch Forstamt.